

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 5

Artikel: Sozialismus - Demokratie - Kirche
Autor: Lochmann, Jan Milie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Clara Ragaz

Ich befasse mich mit unserem Thema nicht in einem allgemeinen Sinne, sondern im Kontext einer spezifischen geschichtlichen und gesellschaftlichen Erfahrung in der CSSR der sechziger Jahre. Die Frage nach dem Verhältnis von Sozialismus, Demokratie und Kirche (oder konkret zugespitzt: von Marxismus, liberalem Erbe und biblischem Glauben) tauchte dort mit erstaunlicher Dringlichkeit, auf und zwar im Zusammenhang mit dem klas-

sischen politischen Problem, welches die breiten Schichten tschechoslowakischer Bürger ungeheuer aktivierte: mit dem Problem der Humanisierung unseres gesellschaftlichen Lebens. Es war kein Zufall, dass die Frage gerade in diesem Kontext aufbrach; denn wenn irgendwo, dann findet sich tatsächlich hier eine bedeutende gemeinsame Basis für die drei Partner unserer Trinität: den Sozialismus, die Demokratie und das Christentum. Diese gemeinsame Basis ist sicher nicht sehr breit; in ihren Grundauffassungen unterscheiden sich die drei Traditionen merklich. So geben sie zum Beispiel bezeichnend verschiedene Antworten auf die wichtige Frage, was das denn heisst: menschlich sein; was Humanisierung bedeutet. Eine billige oder leichte Verschmelzung der drei Traditionen kann es darum nicht geben.

Aber trotz all ihren Unterschieden stimmen die drei Strömungen doch darin überein, dass sie eben diese Humanisierung als die gemeinsame Richtung ihrer Suche herausstellen. Sie stimmen darin überein, dass dies als Ziel unserer Verantwortlichkeit und Mitwirkung gilt: nämlich, für die Humanisierung unseres Zusammenlebens zu sorgen; «all die Verhältnisse umzuwerten, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist». Dieser Satz stammt von Karl Marx; er könnte aber ebenso gut aus der Sicht des biblischen, prophetischen Erbes gesprochen sein; oder wieder von den besten Erkenntnissen der liberalen Tradition herkommen. Alle drei Strömungen ringen darum, solche Verhältnisse zu ändern, die das Zusammenleben der Menschen entmenslichen. Und in dieser Auffassung vom letzten Ziel politischer Tätigkeit unterscheiden sie sich deutlich von anderen politischen Anschauungen – besonders von den europäischen und amerikanischen Strömungen auf dem rechten Flügel. Versuchen wir, die Problematik auf Grund tschechoslowakischer Erfahrung in ihren drei Aspekten kurz anzudeuten.

1. Sozialismus

Das Eintreten für die Humanisierung in unserer Gesellschaft muss als Wahrung grundlegender sozialistischer Erkenntnisse und als konsequente Weiterentwicklung einer *sozialistischen* Gesellschaft verstanden werden. Das zu sehen, ist wichtig. «Der Sozialismus mit dem menschlichen Gesicht» – dieses von Alexander Dubcek geprägte Schlagwort – ist für die Mehrheit unseres Volkes zum orientierenden Programm geworden. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang das Wort Sozialismus betonen. Das Bekenntnis zum Sozialismus war kein erzwungenes Lippenbekenntnis. Man hatte klar erkannt: Einige der grundlegenden Veränderungen, welche die marxistische Gesellschaft erreicht hatte, haben wesentlich zur Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse beigetragen.

Das wird klar, wenn wir diese Veränderungen im Licht jenes Satzes von Marx betrachten, der die Humanisierung beschreibt als Bemühung, all die Verhältnisse zu ändern, unter denen der Mensch ein verachtetes und unterdrücktes Wesen ist. Wenn wir das als eine Art Massstab nehmen, und wenn wir diesen Massstab an unsere Gesellschaft anlegen, dann werden wir zu-

nächst einfach anerkennen müssen, dass tatsächlich seit 1948 einige der Verhältnisse geändert worden sind, die am meisten entmenslichend wirken. Einige grosse gesellschaftliche Bedürfnisse des Menschen sind gestillt worden. Lassen Sie mich davon einiges aufzählen.

Zum ersten gibt es das Problem der Armut in unserer Gesellschaft nicht mehr. Im strengen Sinn bittere Armut gibt es nicht. Das heisst: Keiner hungert wirklich oder ist unterernährt. Und, was vielleicht noch wichtiger ist: Auch die relative Armut als brennendes Problem gibt es nicht, so wie das gerade in manchen der reichsten Länder der Welt der Fall ist – etwa den Vereinigten Staaten. Es gibt keine grossen Gegensätze zwischen den relativ Reichen und den relativ Armen. Der Unterschied im Lebensstandard zwischen den verschiedenen Schichten oder einzelnen Personen ist in unserer Gesellschaft gering. In diesem Sinn sind wir auf dem Weg zur «klassenlosen Gesellschaft». Der soziale Status der herkömmlichen «niedriger» genannten Schichten – zum Beispiel der Arbeiterschicht – hat sich merklich gehoben. Das ist ein moralisch und psychologisch wichtiger Schritt der Humanisierung.

Man kann das an einem besonders erregenden Einzelzug des Jahres 1968 sehen. Die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei ist in die Bemühung um Demokratisierung aktiv miteinbezogen worden. Das war kein Zufall, sondern beruht auf strukturellen Gründen, mit denen das Wachstum im Bewusstseinsstand der Arbeiter zusammenhängt. Durch die revolutionäre Vergesellschaftung der tschechoslowakischen Industrie waren die Arbeiter zu «Eigentümern» eines entscheidenden Teils der Volkswirtschaft geworden. Zugleich stellte die offizielle Weltanschauung und Propaganda die führende Rolle der Arbeiter in der Gesellschaft heraus. Sie wurden öffentlich zur beherrschenden Kraft alles staatlichen Lebens erklärt, zum souveränen Subjekt – im Gegensatz zu ihrem bisherigen Status als «Objekte». Sicher, im Rahmen des orthodoxen Stalinismus blieb das in der Theorie richtiger als in der jeweiligen Praxis. Aber auch die Theorie hatte ihr Gewicht. Wenn eine sozialistische Gesellschaft in Anspruch nimmt, eine Arbeitergesellschaft zu sein, dann sind die Arbeiter verpflichtet, an der Entwicklung der vollen Möglichkeiten dieser Gesellschaft echtes Interesse zu bekommen; besonders im Blick auf ihre eigene schöpferische gesellschaftliche Beteiligung als voll verantwortliche Teilhaber am politischen Prozess. Diese theoretische Forderung gewann 1968 in qualitativ neuer Form Boden. Darum sind – nach gewissen Bedenken in den ersten Wochen – die Fabriken zu *den* Hochburgen der Demokratisierungsbewegung geworden, als es darum ging, die aktive Teilnahme aller Bürger an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu verstärken. Die Einheit von Arbeitern mit der Intelligenz, besonders den Studenten, ist zum besonders verheissungsvollen Zug dieses Prozesses – und jedes dynamischen Sozialismus überhaupt – geworden.

Man könnte noch mehr positive und humanisierende Erscheinungen dieser Art hinzufügen – den staatlichen Gesundheitsdienst etwa mit seiner weitreichenden und umfassenden medizinischen Fürsorge, die allen Bürgern ohne Vorbedingungen zur Verfügung steht; oder das Erziehungssystem, für

jeden offen und auf allen Stufen kostenlos. Das sind so «Erscheinungen des Alltags»; aber gerade darin sind sie bedeutsam. Und eben diese Erscheinungen hängen mit der grundlegenden Änderung unserer Wirtschaftsstruktur zusammen. Darum sehe ich die sozialistische Revolution und Evolution als wichtigen Schritt vorwärts an in dem Prozess, eine relativ entwickelte Gesellschaft zu humanisieren.

2. Das demokratische Erbe

Die Einschätzung des Sozialismus als positive Möglichkeit, eine relativ entwickelte Gesellschaft zu humanisieren, soll nicht bedeuten, dass die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung automatisch die Lösung aller Probleme mit sich bringen würde. Die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft bedeutet sicher nicht die Verwirklichung der vollkommenen Gesellschaft; vom Reich Gottes zu schweigen. Das Problem der Humanisierung ist noch nicht in jeder Hinsicht gelöst. Im Gegenteil, ich würde sogar sagen, dass uns der Sozialismus vor einige neue und ziemlich ernste Fragen stellt. Wenn ich den Massstab von Marx anlege, das «Grundaxiom» der Humanisierung, dann muss ich zugeben, dass sich nicht alle Verhältnisse vollständig überholt haben, unter denen der Mensch ein unterdrücktes, entblößtes und verachtetes Wesen ist. Es bleiben Elemente der Entfremdung, welche die sozialistische Gesellschaft mit anderen Typen entwickelter Gesellschaften teilt. Und wir müssen sogar noch darüber hinaus sagen, dass gerade im Prozess der sozialistischen Revolution und Evolution einige neue ernste Elemente der Entmenschlichung auftauchen können.

Wenn ich den wichtigsten Punkt nennen sollte, würde ich ihn als Tendenz zu einem Monopol an Macht (und zwar politischer Macht) und zu einem Monopol an Wahrheit beschreiben. Es liegt mir nicht daran, rasch ein moralisch oder religiös bestimmtes Urteil über diese Tendenzen zu fällen. Das wäre zu einfach. Denn in gewissem Sinn ist diese Tendenz zum Monopol hin ja historisch verständlich. Ein so tiefgreifender revolutionärer Umbruch, der die ganze wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht des «Ancien regime» zerbrach, war kaum möglich, ohne die Strukturen der vorigen Gesellschaftsordnung radikal umzustürzen. Und wenn wir den Sozialismus als Schritt vorwärts auf dem Weg der Humanisierung anerkennen, dann können wir die marxistische Idee von der Diktatur des Proletariats nicht von vornherein verwerfen. Wir sollten über sie nicht moralisieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist sie im ersten Stadium der nachrevolutionären Gesellschaftsordnung notwendig.

Die Gefahr dieser nachrevolutionären Ordnung besteht dann allerdings darin, dass sie die Zeichen der Zeit nicht zur Zeit erkennen. Sie ist in Versuchung, ihr Monopol zu verewigen und es über den Punkt der möglichen Berechtigung hinaus zu verlängern, nämlich über das Stadium der festen Einrichtung eines sozialistischen Systems hinaus.

Das ist sicher ein ausserordentlich schwieriges Problem. Die biblische Anthropologie mit ihrem tiefen Einblick in die verschlungenen Wege der menschlichen Selbstsucht und Machtgier sollte uns sehr nüchtern und

illusionslos werden lassen. Es ist kein Wunder, dass viele sozialistische Länder – mein eigenes eingeschlossen – grosse Schwierigkeiten hatten, diesem Trend zu widerstehen. Der orthodoxe Stalinismus ist zur leibhaftigen Inkarnation dieses Trends geworden. Man spricht da mit einigem Recht von «Persönlichkeitskult»; weil tatsächlich das Ergebnis und die Konsequenz dieser Entwicklung gewesen ist, dass das Machtmonopol in den Händen eines allmächtigen Mannes beziehungsweise einer Gruppe lag und eine «allwissende Autorität» das Wahrheitsmonopol innehatte. Unter solchen Umständen konnten dann auch nicht alle Verhältnisse überholt werden, unter denen der Mensch ein unterdrücktes Wesen ist. Die Frage der Humanisierung des gesellschaftlichen und politischen Prozesses blieb brennend.

Unter diesen Umständen hiess das Wort für die Humanisierung der sozialistischen Gesellschaft im Jahr 1968 *Demokratisierung*. Darunter verstehen wir die Haltung einer, ich würde sagen, reifen sozialistischen Gesellschaft, die sich selbst und ihr Glaubensbekenntnis wirklich ernst nimmt, die sich als auf dem Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft versteht. Das wäre eine Gesellschaft von Bürgern, die sich selbst nicht als Unversöhnliche gegenüberstehen, und auch nicht der Gesellschaft, der sie angehören, sondern die sich in ihren gemeinsamen und grundlegenden Interessen für die Gesellschaft einig sind. Dieses gemeinsame gesellschaftliche Interesse schliesst dann Unterschiede in der Weltanschauung, in den persönlichen Ansichten, in der geistigen Herkunft und im Glaubensbekenntnis nicht aus. Diese Differenzen sind sicher sehr real, und sie schaffen mannigfache Spannungen in der Gesellschaft. Das haben wir in der Tschechoslowakei 1968 erfahren. Es ergaben sich in unserer Gesellschaft Spannungen, neue Spannungen; offen ausbrechend und offen diskutiert. Das konnte nicht ohne Risiko und ohne Gefahren vor sich gehen. Trotzdem waren das nach meiner Ansicht keine zerstörerischen Spannungen. Sie lähmten den Fortschritt der Gesellschaft – einer *sozialistischen* Gesellschaft! – nicht. Im Gegenteil, sie bereicherten die Gemeinschaft, der wir angehörten. Es war daher wichtig, dass diese Differenzen ertragen und ausgetragen wurden. So hört in einem reifen sozialistischen Staat der Bürger auf, ein potentieller Gegner zu sein. Jeder Bürger erhält seinen eigenen angemessenen Anteil. Und das ist gültig in jeder Beziehung – politisch, geistig und weltanschaulich.

Beispielhaft dafür ist die veränderte Situation, die sich für die Christen meiner Heimat in den späteren sechziger Jahren ergeben hat. Die christlichen Mitbürger haben in einem verblüffenden Mass neuen und vollen Anteil am öffentlichen Leben der Gesellschaft bekommen. Sie sind respektiert worden – nicht nur als Mitbürger, sondern gerade als *christliche* Mitbürger. Man hat sie nicht nur eben geduldet, sondern ermutigt, ihren eigenen spezifischen Beitrag einzubringen. So wurde das Machtmonopol aufgebrochen. In einer offenen, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft kann eine echte Einheit der Bürger erreicht werden; eine Einheit, die sich in Freiheit und Gleichheit verwirklicht. Das scheint mir auf dem Weg der Humanisierung einen sehr wichtigen Schritt nach vorn darzustellen. Wir haben die Richtigkeit des programmatischen Satzes erfahren, der einmal von Rosa

Luxemburg so formuliert worden ist: «Keine Demokratie ohne Sozialismus, aber ebenso kein Sozialismus ohne Demokratie.»

Was heisst das nun für unser jetziges Thema? Ich würde sagen, es bedeutet, dass im Kontext einer sozialistischen Gesellschaft die besten Einsichten der liberalen und demokratischen Tradition ernst genommen und neu entfaltet werden können. Und hier stellt sich dann die dritte und abschliessende Frage: Wo bleibt dabei der dritte Partner unserer Trinität, nämlich der biblische Glaube? Hat dieser Partner zur Suche nach der Humanisierung etwas zu sagen und beizutragen?

3. Die Perspektive des Glaubens

Von meiner eigenen Erfahrung der letzten Jahre in der Tschechoslowakei her zögere ich nicht, auf diese Frage mit Ja zu antworten. Das entspringt nicht irgendeinem Wunschdenken. Der biblische Glaube war Teil unserer fundamentalen lebendigen Wirklichkeit dieser letzten Jahre. Ich führe nun aus, was ich schon angedeutet habe: die wachsende Beteiligung der Christen am öffentlichen Leben der Gesellschaft. Der «gläubige Bevölkerungsteil» trat nicht mehr als «Outsiders» der Gesellschaft in Erscheinung, sondern als «Insiders». Das hat den tiefen Grund, dass das Ziel des demokratischen Sozialismus in gewissem Sinn mit den tiefsten Einsichten der biblischen prophetischen Tradition übereinstimmte. Wenn wir an die Vision grösserer sozialer Gerechtigkeit denken, wie sie von den alttestamentlichen Propheten verkündigt worden ist, oder an die neutestamentliche Vision der unveräusserlichen Rechte jedes Einzelmenschen, dann kann es keinen Zweifel darüber geben, dass die besten Einsichten der biblischen Tradition in die Richtung eines demokratischen Sozialismus weisen. Darum entsprang unsere Verwicklung in die Demokratisierung der Gesellschaft nicht nur einem allgemeinen Trend, in den wir uns hätten von aussen hineinziehen lassen, sondern sie entsprach unserem eigenen Anliegen und, in aller Bescheidenheit, auch unserem Beitrag.

Wenn ich nur den einen Brennpunkt nennen sollte, an dem sich in wenigen Worten der spezifische Beitrag der christlichen Tradition zur Humanisierung des menschlichen Zusammenlebens angeben lässt, so würde ich die Eröffnung der *Perspektive der Hoffnung* erwähnen. Es ist das die klassische Perspektive des biblischen Denkens. Es ist allgemein bekannt, dass Immanuel Kant bei seinem Versuch, die verschiedenen Bereiche des menschlichen Lebens und Denkens abzugrenzen, eben diesen Kontext der Hoffnung dem Grundbereich der Religion zuteilte. «*Was darf ich hoffen?*» heisst für ihn die grundlegende religiöse Frage des Menschen. Es scheint, dass die heutige Theologie – römisch-katholisch wie protestantisch – in diesem Punkte von Kant gelernt hat. Sie betont sehr energisch eben diese Grundperspektive der Hoffnung.

Diese Betonung ist gerechtfertigt, weil gerade diese Perspektive der Hoffnung zum authentisch-biblischen Erbe gehört. Hier liegt der eigentliche biblische Beitrag zur menschlichen Kultur; durch ihn wurde Geschichte als bedeutsamer Prozess eröffnet. Alle mythischen oder, wie man manchmal

sagt, «ontokratischen» Strukturen wurden zerbrochen. Darunter sind die Denkmodelle zu verstehen, die das Universum als geschlossen, geheiligt und in sich selbst ruhend betrachten. Da ist alles ein vollkommener «Kosmos», alles vorherbestimmt, alles hat seinen Platz und muss, wie es ist, als göttliche Ordnung akzeptiert werden. Dieses Denkmodell herrschte in den antiken Mythen wie in der antiken Philosophie vor. Das biblische Denken war davon radikal verschieden. Die Grundperspektive der Bibel ist die des «Exodus». Sie proklamiert den Auszug aus der Gefangenschaft in vorbestimmten Strukturen und vorgegebenen Ordnungen. Sie eröffnet dem Menschen neue Möglichkeiten der verantwortlichen Initiative in der Geschichte.

Wenn das nun die Grundanschauung der biblischen Botschaft ist, und meiner Ansicht nach ist sie es unbestreitbar, dann birgt diese biblische Anschauung einige wichtige Implikationen für den gesamten Bereich der Politik in sich. In diesem politischen Bereich besteht dauernd eine Gefahr: die Gefahr des Fatalismus. Politik wird da als rein machtpolitisches Spiel aufgefasst; als Eldorado der Manager. Die politischen Strukturen werden verabsolutiert. Im nationalen Rahmen beherrschen die «Mächte und Gewalten» des Establishment die politische Szene. Im internationalen Bereich teilen sich die Supermächte ihre «Einflusssphären» auf und erklären sie für unantastbar. Jede Bedrohung der – oft parteiisch definierten – «Balance» ruft machtpolitische Nemesis hervor. Als einzige verantwortliche Haltung gilt der «Realismus», das heisst der Kult des gegebenen Zustandes, des Status quo. So wird die Politik als eine schicksalhafte Sphäre in der Theorie von vielen politischen Wissenschaftlern und Politikern interpretiert und in der Praxis von vielen politischen Professionals «gemanagt». In dieser Atmosphäre des «Realismus» ist verantwortliches politisches Suchen und Handeln nur sehr beschränkt möglich. Die Stimmung des «Realismus» ist nicht weit entfernt von der Stimmung des Fatalismus.

Eben hier könnte sich eine schöpferische Rolle für die christliche Religion eröffnen. Wir müssen dabei allerdings sofort differenzieren: sicher nicht für die Religion überhaupt. Es gibt eine religiöse Tradition, die wirklich «Opium des Volkes» ist; sie versucht, die Vision des Glaubens in rein transzendenten und spiritualistischen Begriffen zu interpretieren und sie von allen weltlichen Implikationen abzutrennen, um so eine rein «jenseitige» Tröstung anzubieten. Es gibt ebenso eine religiöse Tradition, die den Status quo sanktioniert: die das, was sich im Bereich der politischen Autoritäten «obrigkeitlich» darstellt, mit der Autorität Gottes identifiziert. Und es gibt auch den ausgesprochen religiösen Fatalismus: Verständnis von Gottes Vorsehung als einer unausweichlichen Vorherbestimmung, die dann in einer Haltung stummer Resignation angenommen werden muss.

So gab es schon immer die Priester des Schicksals, der Obrigkeit und des frommen Quietismus. Aber es gibt eben doch auch die biblische prophetische Tradition; und sie ist davon ganz verschieden. Sicher, die biblische Vision vom Reich Gottes eröffnet eine Dimension, die nicht einfach «von dieser Welt» ist. Sie transzendiert die Mächte der Menschenwelt dessen,

was in der Geschichte zu erreichen ist. Es geht um das Reich *Gottes*. Aber eben dieses transzendierende Reich muss in seiner dynamischen Beziehung zum Menschen in der Geschichte gesehen werden. Zu einer Fluchthaltung ermutigt der biblische Gott nicht. Es ist nicht abstrakte Jenseitigkeit, weitab von allen weltlichen Belangen. Im Gegenteil, er ist der Gott, der in die Geschichte verwickelt ist und in ihr neue Möglichkeiten eröffnet, der Gott der offenen Zukunft. Und er ist all das in konkret artikulierter Weise: Seine Grundoffenbarung im Alten Testament ist der Exodus – ein Ereignis der Befreiung. Seine Grundoffenbarung im Neuen Testament ist der Weg des Jesus von Nazareth: seine bedingungslose Solidarität mit dem Menschen, besonders mit denen, die unterdrückt und arm sind.

Diese Vision eröffnet neue Dimensionen für unser Leben und Handeln. Im Licht des Exodus, im Licht der Verwicklung Gottes in die menschliche Geschichte in Jesus von Nazareth, ist der Anspruch des Schicksals gebrochen. Die Welt ist entmythologisiert. Die «Mächte und Gewalten» besitzen den letzten Schlüssel zur Welt nicht. Sie sind mächtig – das machtpolitische Element der Politik muss sehr ernst genommen werden. Moralismus und Idealismus helfen da nicht. Und trotzdem, allmächtig sind sie nicht. Die «Realität» ist nicht nur das Gegebene, die Endsumme der determinierten Bedingungen, passives Rohmaterial für die «Konstrukteure der Zukunft». Zur Realität gehört ebenso die Herausforderung des kommenden Gottesreiches und die Antwort des Menschen auf diese Herausforderung, nach grösserer Gerechtigkeit und Freiheit zu suchen.

Diesen Geist der Herausforderung lebendig zu erhalten und diese Dimension der Hoffnung offenzuhalten, das wäre ein möglicher Beitrag der glaubenden Menschen zur Welt der Politik heute. Die Dimension der nüchternen Hoffnung wird in allen Gesellschaften notwendig gebraucht. Die Probleme unserer Welt sind überwältigend, verantwortungsbewusste Bürger oft resigniert. Hier könnte die biblische Perspektive der Hoffnung als Ruf, in der Anstrengung auf eine Humanisierung der Welt hin auszuharren, ihren wertvollen Beitrag leisten. Sie ruft uns ins Gedächtnis, dass die Mächte des Chaos und der Unterdrückung nicht endgültig die Oberhand behalten können. Die Welt ist nicht unwiderruflich politischen Managern und Manipulatoren überlassen. Darum sollte sie auch von uns nicht verlassen werden. Aus der Perspektive der Hoffnung heraus ist es der Mühe wert, nicht aufzugeben, sondern trotz all den möglichen und sehr wirklichen Schwierigkeiten auf eine Veränderung all der Verhältnisse hinzuarbeiten, unter denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

Jan Milie Lochmann

Machen die Generale wieder Politik?

Kurz vor dem Untergang des Dritten Reiches stellte Reichs- und Propagandaminister Dr. Goebbels im überfüllten Sportpalast in Berlin dem deutschen Volk die Frage: «Wollt ihr den totalen Krieg – wollt ihr ihn wenn